

INTEGRATION IN ZAHLEN



# Ukrainische Bevölkerung in Österreich

- Zahlen, Daten und Fakten zu Arbeitsmarkt, Asyl und Einbürgerungen
- Informationen zum Herkunftsland
- Relevante Ergebnisse aus Studien

**79.615** Ukrainerinnen und Ukrainer  
lebten am 1. Jänner 2023 in Österreich



**66,7%**  
sind weiblich



**33,8%**  
sind jünger  
als 20 Jahre



**42,5%**  
leben in Wien



# Factbox Ukraine



Hauptstadt	Kyjiw
Amtssprache	Ukrainisch
Staats- & Regierungsform	Parlamentarisch-präsidentielle Republik
Staatsoberhaupt	Wolodymyr Selensky
Einwohnerzahl	34.8 Millionen (geschätzt für 2022) <sup>1</sup>
Landesfläche	603.550 km <sup>2</sup>
Gründungsdatum	24. August 1991
Ethnische Gruppen	Ukrainer/innen 78 %, Russ/innen 17 %, andere 5 %
Religionen	Christ/innen 87 % (davon 72,7% Orthodoxe/Orthodoxinnen, 8,8% Katholik/innen des griechischen Ritus, 2,3% Protestant/innen und 0,9% Katholik/innen des lateinischen Ritus, 2,3% andere Christ/innen).

<sup>1</sup> [IMF - Ukraine Report](#), zuletzt aufgerufen am 03.07.2023

# 1 Informationen zum Herkunftsland

Die Ukraine erlangte 1991 nach dem Zerfall der Sowjetunion die Unabhängigkeit. Das Jahr 1991 markiert den Beginn der Annäherung an europäische Strukturen und bildet den Anfangspunkt marktwirtschaftlicher Transformation<sup>2</sup>.

Die Ukraine ist ein aktives Mitglied der 2009 gegründeten Östlichen Partnerschaft im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik. Die Grundlage für die Beziehung mit der EU bildet das am 1. September 2017 in Kraft getretene Assoziierungsabkommen mit der EU, das neben der Übernahme rechtlicher und wirtschaftlicher EU-Standards (unter anderem Korruptionsbekämpfung, Reformen zur Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Angleichung von Standards und Verwaltungspraxis) durch die Ukraine eine gegenseitige Marktöffnung vorsieht. Seit März 2017 gilt das visafreie Regime im Schengen-Raum für die ukrainischen Staatsbürger mit einem biometrischen Reisepass für die Dauer von 90 Tagen pro Halbjahr<sup>3</sup>.

Im November 2013 wurde die Unterzeichnung des 2012 paraphierten Assoziierungsabkommens der EU mit der Ukraine vom damaligen Präsidenten der Ukraine Wiktor Janukowytsch unerwartet, nach einer Intervention Russlands, ausgesetzt. Dies gilt als Auslöser für die Maidan-Proteste im Winter 2013/2014. Nachdem die zunächst friedlichen Proteste gegen diese Entscheidung auf Befehl von Janukowytsch gewaltsam niedergeschlagen worden waren, entstand eine wochenlange Protestbewegung auf dem Maidan-Platz in Kyjiw, auch bekannt als „Euromaidan“ oder „Revolution der Würde“. Nachdem Wiktor Janukowytsch die internationale Vermittlung scheitern hat lassen und im Februar 2014 nach Russland geflohen ist, hat die Opposition die Führung des Landes übernommen.<sup>4</sup>

Nach der völkerrechtswidrigen Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim durch Russland im März 2014 entbrannte nach verdeckten russischen Interventionen ein militärischer Konflikt in der Ostukraine mit hohen Opferzahlen. Die internationalen Bemühungen (Normandie-Format, Minsker Abkommen) um eine friedliche Beilegung des Krieges im Donbas scheiterten im Februar 2022

nach Moskaus Anerkennung der sogenannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk als „unabhängige Staaten“ und dem Beginn der neuen Phase des russischen Angriffskrieges am 24. Februar 2022<sup>5</sup>.

Am 24. Februar begann der russische Präsident Wladimir Putin mit einer groß angelegten Invasion in der Ukraine mit dem erklärten Ziel, die Ukraine zu „entmilitarisieren und zu entnazifizieren“. Er forderte auch ein Ende der NATO-Osterweiterung und erklärte, eine Mitgliedschaft der Ukraine im NATO-Militärbündnis stelle eine Bedrohung für Russland dar<sup>6</sup>. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj rief zum entschiedenen Widerstand gegen die Invasion auf, verhängte das Kriegsrecht und mobilisierte die Streitkräfte.

Der anhaltende Krieg hat Millionen von Menschen in der Ukraine betroffen. Am 27. Oktober 2022 gab es schätzungsweise 6.540.000 Binnenvertriebene in der Ukraine, die meisten von ihnen leben in den Regionen Charkiw (422.390), Kyjiw (335.484) und Dnipropetrowsk (348.623). Infolge der Raketen- und Luftangriffe wurden viele Häuser, öffentliche Einrichtungen, Schulgebäude und die Energieinfrastruktur der Ukraine schwer beschädigt oder zerstört<sup>7</sup>. Laut dem UN-Hochkommissariat für Menschenrechte (OHCHR) wurden im Zeitraum 24.2.-4.12.2022 6.702 Zivilist/innen getötet und 10.479 Zivilist/innen verletzt<sup>8</sup>.

Die internationale Staatengemeinschaft hat den russischen Angriff verurteilt und der Ukraine diplomatische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung gewährt. Am 3. März 2022 beschlossen die EU-Innenminister, die „Massenzustrom-Richtlinie“ (Richtlinie über vorübergehenden Schutz) zu aktivieren, damit die EU-Mitgliedstaaten ukrainischen Kriegsvertriebenen schnell und unbürokratisch eine befristete Aufenthaltserlaubnis innerhalb der EU ermöglichen. Der vorübergehende Schutz wurde anfänglich für ein Jahr gewährt und ist bereits bis zum 4. März 2024 verlängert worden. Eine weitere Verlängerung bis März 2025 ist vorgesehen<sup>9</sup>. Am 23. Juni 2022 wurde der Ukraine von der EU der Status eines EU-Beitrittskandidaten verliehen<sup>10</sup>.

2 [Ukraine profile - Timeline - BBC News](#), zuletzt aufgerufen am 03.07.2023

3 [Beziehungen EU-Ukraine - Consilium \(europa.eu\)](#), zuletzt aufgerufen am 03.07.2023

4 [Ukraine profile - Timeline - BBC News](#), zuletzt aufgerufen am 03.07.2023

5 [Ukraine profile - Timeline - BBC News](#), zuletzt aufgerufen am 03.07.2023

6 [Russia-Ukraine: FSI \(stanford.edu\)](#), zuletzt aufgerufen am 03.07.2023

7 BFA Länderinformation der Staatendokumentation Ukraine, 13.12.2022

8 [UNHCR Ukraine](#), zuletzt aufgerufen am 26.06.2023

9 [EU temporary protection for displaced persons \(europa.eu\)](#), zuletzt aufgerufen am 26.06.2023

10 BFA Länderinformation der Staatendokumentation Ukraine, 13.12.2022

Die Europäische Union, die USA, Kanada, die Schweiz, Großbritannien und andere Länder haben im Zuge des russischen Angriffskrieges massive und beispiellose Sanktionen gegen Russland verhängt. Die aktuellen Maßnahmen ergänzen die seit 2014 aufgrund der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und der Nichtumsetzung der Minsker Vereinbarungen gegen Russland verhängten Sanktionen. Zu den Sanktionen gehören umfassende Handelssanktionen, restriktive Maßnahmen gegen Personen, die „für die Unterstützung, Finanzierung oder Durchführung von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, die Souveränität und die Unabhängigkeit der Ukraine untergraben, verantwortlich sind oder von diesen Handlungen profitieren“<sup>11</sup> (Einreiseverbote und Einfrieren von Vermögenswerten), ein Verbot von Kohlelieferungen aus Russland und ein teilweiser Ausschluss vom Swift-Bank- und Zahlungssystem, usw.<sup>12</sup>.

Laut UNHCR wurden bis zum 26. Juni 2023 weltweit 6.341.700 Flüchtlinge aus der Ukraine registriert. Davon sind 5.977.800 in Europa zu verzeichnen: unter anderem knapp über 1 Million in Deutschland, 995.000 in Polen und 346.000 in der Tschechischen Republik<sup>13</sup>.

---

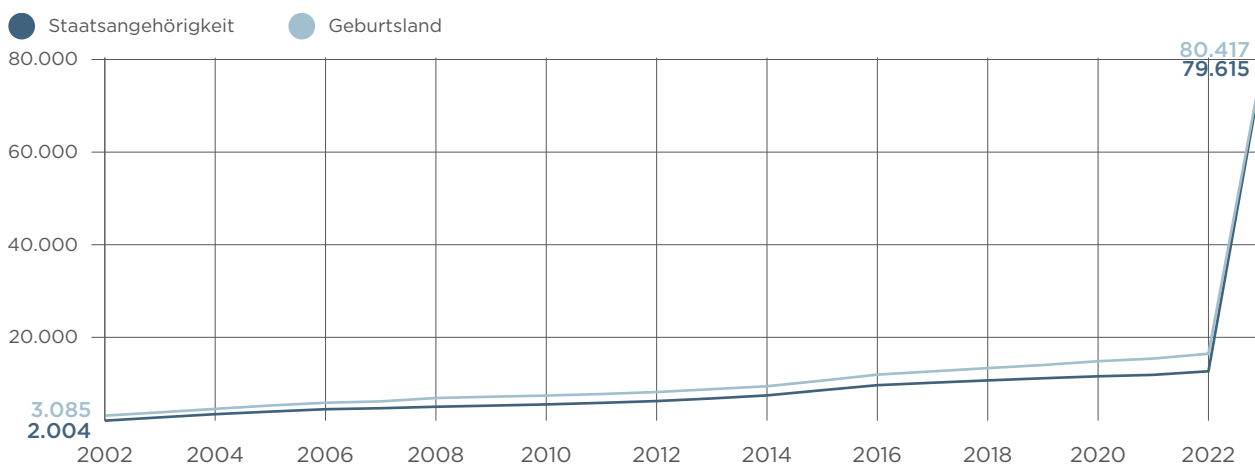
11 [Die EU-Sanktionen gegen Russland im Detail - Consilium \(europa.eu\)](#), zuletzt aufgerufen am 26.06.2023  
12 BFA Länderinformation der Staatendokumentation Ukraine, 13.12.2022  
13 [Situation Ukraine Refugee Situation \(unhcr.org\)](#), zuletzt aufgerufen am 26.06.2023

# 2 Zahlen, Daten, Fakten zu Ukrainerinnen und Ukrainern in Österreich

## 2.1 Entwicklung der ukrainischen Bevölkerung in Österreich

Sowohl die Zahl der in Österreich lebenden ukrainischen Staatsangehörigen als auch der in der Ukraine geborenen Personen ist in den vergangenen Jahrzehnten stetig angestiegen und hatte im letzten Jahr aufgrund der Fluchtbewegungen das stärkste Wachstum: Während Anfang des Jahres 2002 noch 2.004 Ukrainer/innen bzw. 3.085 in der Ukraine geborene Personen in Österreich ansässig waren, lebten am 1.1.2023 hierzulande 79.615 ukrainische Staatsangehörige bzw. 80.417 in der Ukraine geborene Personen.

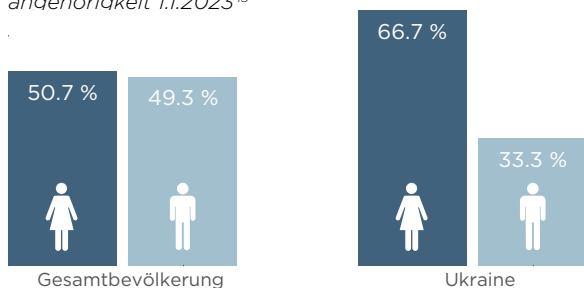
Entwicklung der ukrainischen Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit jeweils 1. Jänner<sup>14</sup>



## 2.2 Geschlechterverhältnis

Bei der Gesamtbevölkerung in Österreich ist das Geschlechterverhältnis recht ausgeglichen: So sind, wie auch schon vor Kriegsbeginn, am 1. Jänner 2023 49,3% der rund 9,1 Millionen in Österreich lebenden Menschen männlich und 50,7% weiblich. Anders sieht das Verhältnis bei den hier ansässigen Ukrainer/innen aus: Zwei Drittel (66,7%) der ukrainischen Bevölkerung in Österreich sind weiblich und nur 33,3% männlich.

Ukrainische Bevölkerung nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit 1.1.2023<sup>15</sup>

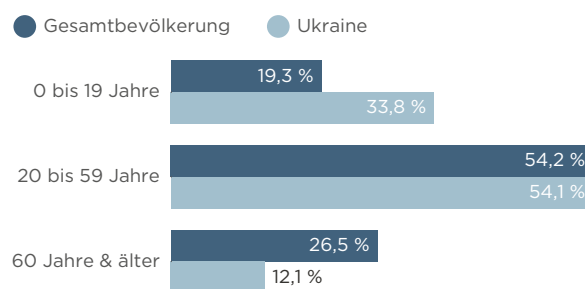


14 Statistik Austria: Statistik des Bevölkerungsstandes  
 15 Statistik Austria: Statistik des Bevölkerungsstandes  
 16 Statistik Austria: Statistik des Bevölkerungsstandes

## 2.3 Alterszusammensetzung

Das Durchschnittsalter der in Österreich ansässigen ukrainischen Staatsangehörigen ist deutlich niedriger als das der Gesamtbevölkerung. Ein Drittel der Ukrainer/innen (33,8%) sind Kinder und Jugendliche unter 20 Jahren, verglichen mit 19,3% der Gesamtbevölkerung. Während fast die Hälfte der Ukrainerinnen im Alter von 30 bis 59 Jahren ist, sind 40% der Ukrainer Kinder im Alter bis 14 Jahre.

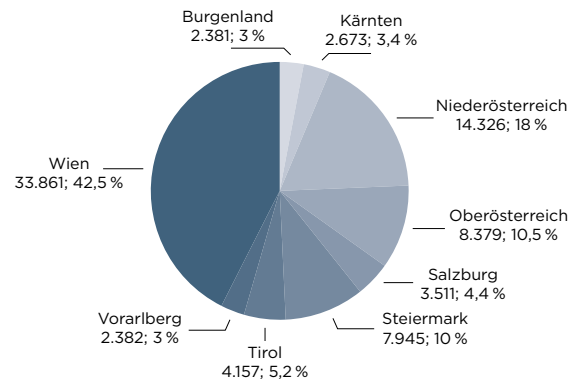
Ukrainische Staatsangehörige nach Altersgruppen 1.1.2023<sup>16</sup>



## 2.4 Ukrainische Staatsangehörige nach Bundesländern

Mit 33.861 Personen sind vier von zehn ukrainischen Staatsangehörigen (42,5%) am 1. Jänner 2023 in Wien ansässig. Fast ein Fünftel wohnt in Niederösterreich (18,0%), gefolgt von Oberösterreich (10,5%). Die wenigsten Ukrainer/innen haben ihren Wohnsitz in Burgenland (3,0%) und in Vorarlberg (3,0%).

*Ukrainische Staatsangehörige nach Bundesländern 1.1.2023<sup>17</sup>*

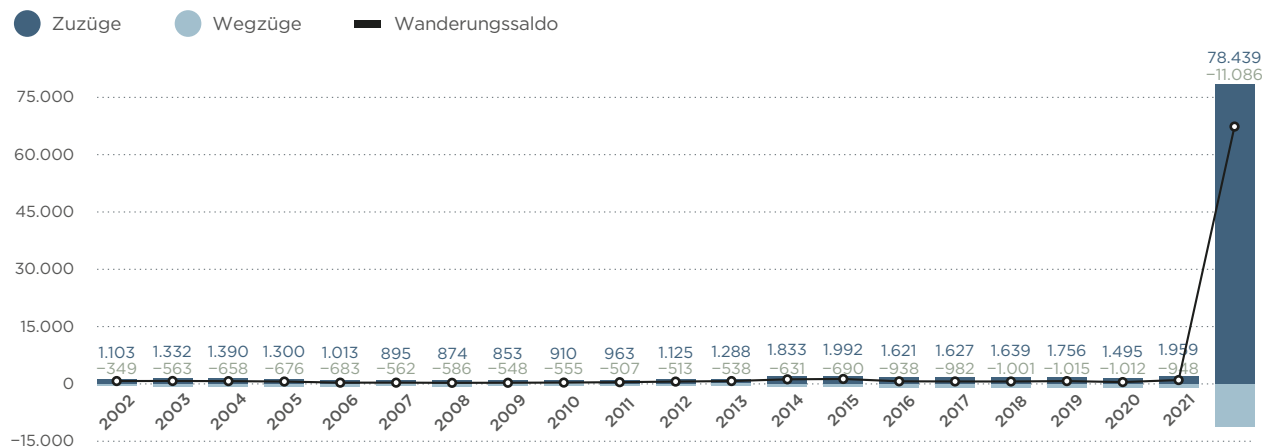


## 2.5 Wanderungen von ukrainischen Staatsangehörigen

Aus der Zahl von 261.937 Zuzügen aus dem Ausland und 124.958 Wegzügen in das Ausland ergab sich für das Jahr 2022 ein internationaler Wanderungssaldo von +136.979 Personen. Gegenüber dem Vorjahr ist der Wanderungssaldo deutlich angestiegen (2021: +52.488 Personen). Der Saldo bei Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft war mit -6.257 dem langjährigen Trend entsprechend auch im Jahr 2022 negativ. Der Wanderungssaldo der nicht-österreichischen Staatsangehörigen fiel hingegen mit +143.236 Personen positiv aus.

Der Wanderungsüberschuss in Österreich 2022 ist hauptsächlich auf die Zuwanderung ukrainischer Vertriebener zurückzuführen. Mit +67.353 Personen erreichte der Wanderungssaldo von Ukrainer/innen im Jahr 2022 den Höchstwert: Während 78.439 ukrainische Staatsangehörige aus dem Ausland nach Österreich zuzogen, wanderten 11.086 Ukrainer/innen von Österreich in das Ausland ab.

*Wanderungen von ukrainischen Staatsangehörigen 2002–2022<sup>18</sup>*



17 Statistik Austria: Statistik des Bevölkerungsstandes

18 Statistik Austria: Wanderungsstatistik

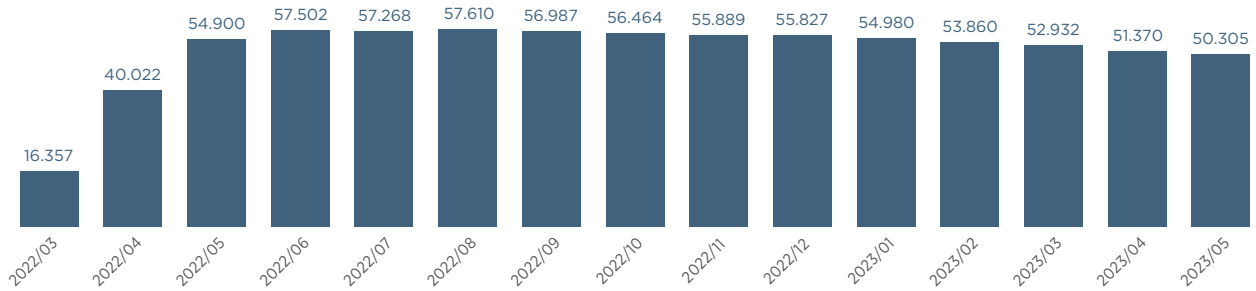
## 2.6 Grundversorgung<sup>19</sup>

Ukrainische Vertriebene müssen, um die Grundversorgung zu erhalten, keinen Asylantrag stellen. Sie müssen sich jedoch durch die Exekutive bei den Aufnahme- oder Registrierungszentren oder in den Polizeidienststellen registrieren lassen und können dann eine Grundversorgung beantragen. Im Rahmen der Grundversorgung werden Versicherungen und finanzielle Leistungen gewährt<sup>20</sup>. Jedoch haben Vertriebene aus der Ukraine keinen An-

spruch auf Sozialhilfe oder Mindesteinkommen, da sie im Versorgungssystem für Asylwerber/innen bleiben.

Im Jahr 2022 lag die Zahl der Personen in der Grundversorgung bei 92.929, davon waren 60% (55.827) ukrainische Vertriebene. Die Zahl der Ukrainer/innen in der Grundversorgung ist jedoch seit Anfang 2023 von 54.980 im Januar auf 50.305 Ende Mai 2023 gesunken.

Ukrainer/innen in der Grundversorgung März 2022 bis Mai 2023<sup>21</sup>



## 2.7 Asylanträge

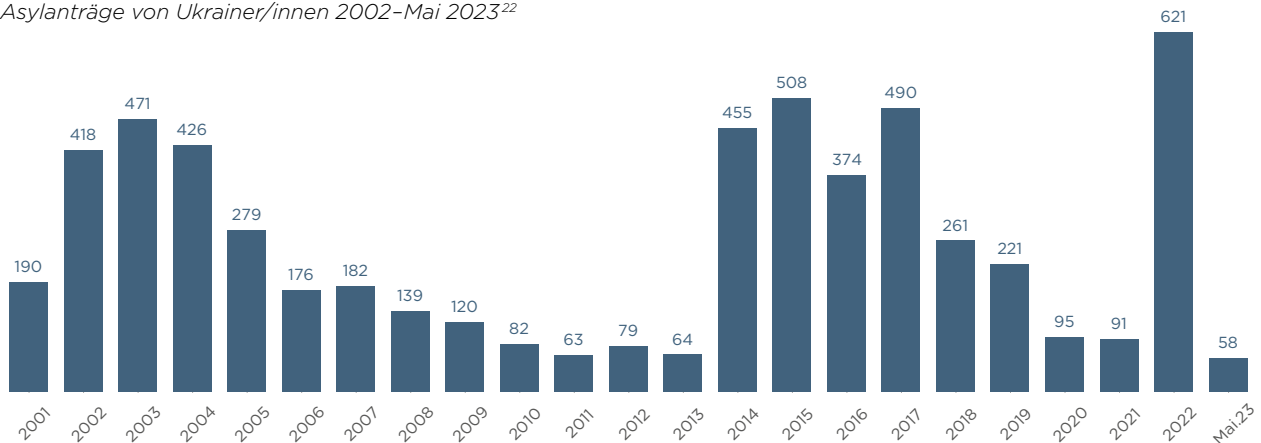
Im Jahr 2022 wurden insgesamt 112.272 Asylanträge in Österreich registriert. 621 davon stammten von ukrainischen Staatsbürger/innen, dies entspricht einem Anteil von 0,5% an allen gestellten Asylanträgen des Jahres.

Im Vergleich der vergangenen Jahre seit 2002 zeigt sich, dass die Zahl der von Ukrainer/innen gestellten Asylanträge nach Höchstwerten in den Jahren 2015 (508) und

2017 (490) kontinuierlich gesunken war, aber 2022 nach Kriegsbeginn wieder ein Rekordhoch erreichte.

Im Jahr 2023 wurden von Jänner bis Ende Mai 17.988 Asylanträge in Österreich gestellt, davon wurden nur 58 Asylanträge von Ukrainer/innen registriert, da sie nach der Richtlinie über vorübergehenden Schutz ein temporäres Aufenthaltsrecht in Österreich und einen Ausweis für Vertriebene erhalten.

Asylanträge von Ukrainer/innen 2002-Mai 2023<sup>22</sup>



19 Gemäß der Grundversorgungsvereinbarung - Art. 15a B-VG wird die Grundversorgung in Österreich für hilfs- und schutzbedürftige Fremde (Asylwerber/innen, Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte, Vertriebene und andere aus rechtlichen oder faktischen Gründen nicht abschiebbare Menschen) gewährt. Zu den Grundleistungen gehören Leistungen, die auf die Befriedigung der täglichen Grundbedürfnisse ausgerichtet sind, wie angemessene Verpflegung, Unterkunft, medizinische Versorgung, Bekleidungshilfe, Schulbedarf sowie Information und Beratung. [2 Grundversorgung \(bmi.gv.at\)](https://www.bmi.gv.at)

20 [Ukraine neu. Info - BBU](https://www.ukraine-neu.info), zuletzt aufgerufen am 25.07.2023

21 BMI: Asylstatistik

22 BMI: Asylstatistik



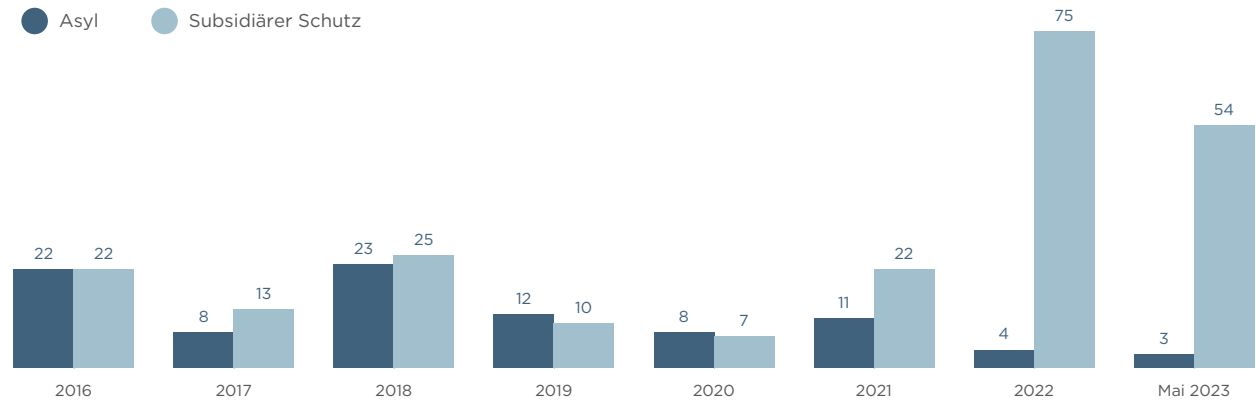
## 2.8 Anerkennungen von Ukrainerinnen und Ukrainern

Im Jahr 2022 wurden insgesamt 21.985 rechtskräftige Entscheidungen getroffen. Davon entfielen 13.779 auf rechtskräftig positiv entschiedene Asylgewährungen, 5.675 Personen erhielten subsidiäre Schutzgewährungen und 2.531 einen humanitären Aufenthaltstitel. 81.833 aller Entscheidungen fielen negativ aus (darunter fallen sowohl negativ entschiedene Asylgewährungen als auch subsidiäre Schutzgewährungen sowie humanitäre Aufenthaltstitel).

Während im Jahr 2022 4 ukrainische Asylwerber/innen eine positive Asylgewährung erhielten, fielen 117 negativ aus. Gleichzeitig erhielten 75 Ukrainer/innen subsidiären Schutz in Österreich.

Im Zeitraum Jänner bis Ende Mai 2023 erhielten drei ukrainische Staatsangehörige Asyl und 54 subsidiären Schutz in Österreich. Die niedrige Zahl der Anerkennungen ist darauf zurückzuführen, dass ukrainische Kriegsflüchtlinge in der Grundversorgung betreut werden, ohne einen Asylantrag zu stellen.

Positive Entscheidungen über Asyl und subsidiären Schutz von Ukrainer/innen 2016–Mai 2023<sup>23</sup>

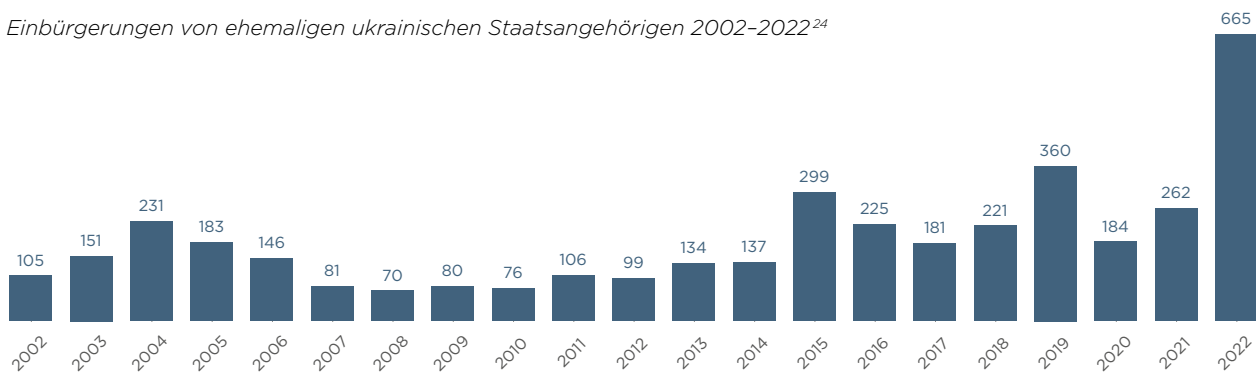


## 2.9 Einbürgerungen

2022 bekamen 10.899 Personen in Österreich lebende Personen die österreichische Staatsbürgerschaft, 665 von ihnen waren ehemalige ukrainische Staatsangehörige, was einem Anteil von 6,1% aller Eingebürgerten in diesem Jahr entspricht. Im Vergleich zu den vergangenen Jahren seit 2002 zeigt sich, dass

die Einbürgerungszahl ukrainischer Staatsangehöriger immer leichten Schwankungen unterworfen war. Die Zahl der eingebürgerten ehemaligen Ukrainer/innen erreichte im Jahr 2022 mit 665 Einbürgerungen ihren Höchstwert und fiel im Jahr 2008 mit 70 Einbürgerungen am geringsten aus.

Einbürgerungen von ehemaligen ukrainischen Staatsangehörigen 2002–2022<sup>24</sup>



<sup>23</sup> BMI: Asylstatistik

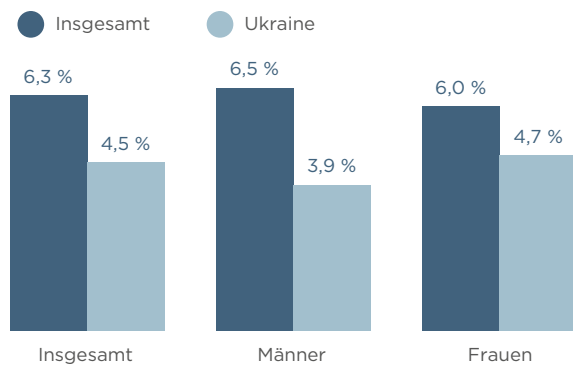
<sup>24</sup> Statistik Austria: Statistik der Einbürgerungen

## 2.10 Arbeitslosenquote

Im Jahresdurchschnitt 2022 waren insgesamt 263.121 Personen als arbeitslos vorgemerkt (ohne Schulungsteilnehmer/innen). Die Arbeitslosenquote betrug in Österreich somit insgesamt 6,3%. In Hinblick auf die Geschlechter wird ersichtlich, dass die Arbeitslosenquote bei Frauen (6,0%) etwas geringer war als bei Männern (6,5%).

Bei knapp 480 als arbeitslos vorgemerkten Personen handelte es sich um ukrainische Staatsangehörige. Insgesamt lag die Arbeitslosenquote von Ukrainer/innen bei 4,5%. Während sich die Arbeitslosenquote von ukrainischen Männern auf 3,9% belief, war diejenige von ukrainischen Frauen mit 4,7% etwas höher.

Arbeitslosenquote von ukrainischen Staatsangehörigen nach Geschlecht 2022<sup>25</sup>

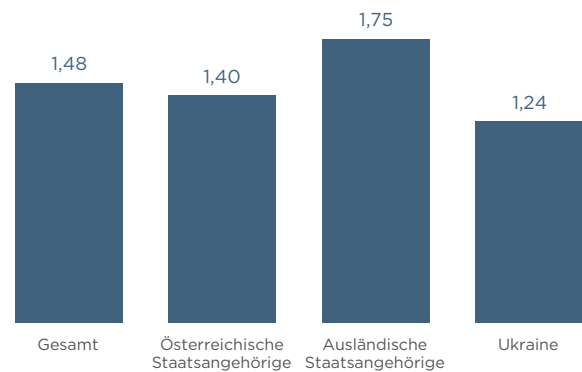


## 2.11 Kinderzahl von ukrainischen Frauen

Im Jahr 2022 wurden in Österreich insgesamt 82.627 Kinder geboren. Von diesen hatten 602 Kinder eine ukrainische Mutter.

Die Fertilitätsrate unter den hier ansässigen ukrainischen Frauen lag im Jahr 2021 bei 1,24 Kindern pro Frau. Zum Vergleich: Die Gesamtbevölkerung in Österreich wies eine Fertilitätsrate von 1,48 Kindern pro Frau auf, im Durchschnitt bekamen österreichische Frauen 1,40 Kinder und Ausländerinnen brachten 1,75 Kinder zur Welt.

Durchschnittliche Kinderzahl pro Frau 2021 nach Staatsangehörigkeit<sup>26</sup>



25 BMA: bali web

26 Statistik Austria: Demographische Indikatoren

# 3 Integrationsrelevante Ergebnisse aus aktuellen Studien zu Ukrainerinnen und Ukrainern in Österreich

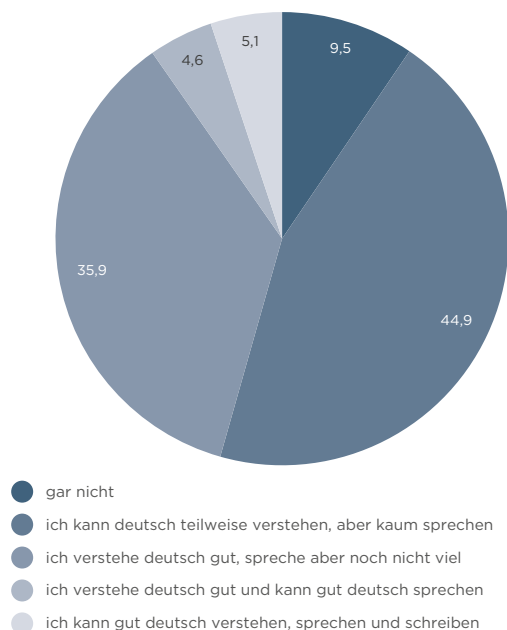
## 3.1 Studie: Ukraine-Vertriebene in Österreich ein Jahr nach Kriegsbeginn

Aufbauend auf der ersten Befragung vom Mai 2022 führte das Österreichische Institut für Familienforschung der Universität Wien im Auftrag des Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) im März bis April 2023 eine Folgerhebung zur Situation der Ukrainerinnen in Österreich ein Jahr nach Kriegsbeginn durch. Befragt wurden 1.008 Ukrainerinnen im Alter von 18-55 Jahren, die beim ÖIF registriert sind.

Am häufigsten stammen die befragten Frauen aus der Zentralukraine (42%), wobei knapp ein Drittel (31%) aus Kyjiw und Umgebung stammen. 48% der Frauen sind 41 bis 55 Jahre alt; 42% sind 26 bis 40 Jahre alt und 10% zählen zur jüngsten Altersgruppe (18 bis 25 Jahre). Etwa die Hälfte der Frauen ist verheiratet, etwas mehr als ein Viertel ledig und 22% sind geschieden. 62% der befragten Ukrainerinnen haben in Österreich lebende Kinder unter 18 Jahren. Das Bildungsniveau der Befragten ist nach wie vor sehr hoch: 73% der Ukrainerinnen können einen Hochschulabschluss vorweisen.

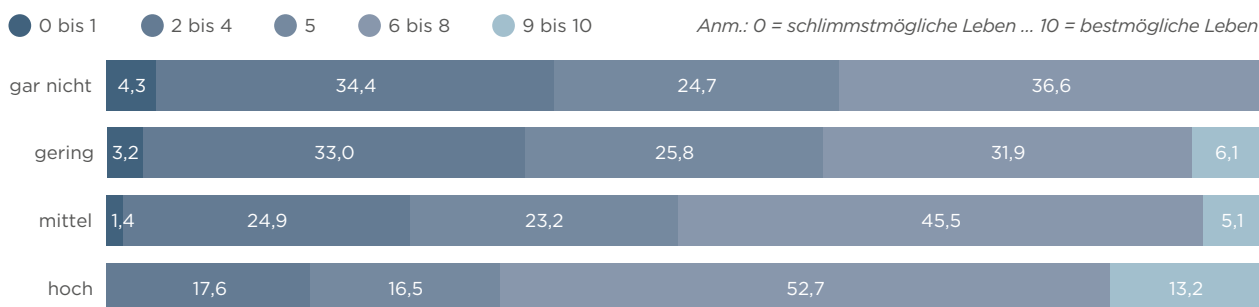
Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Deutschkenntnisse der Befragten aktuell größtenteils noch auf das Verstehen beschränken: 44,9% der Befragten geben an Deutsch teilweise zu verstehen, aber kaum sprechen zu können; 35,9% verstehen Deutsch gut, aber sprechen noch nicht viel. Nur etwa 10% können sich auch gut auf Deutsch ausdrücken, während weitere 10% weder Deutsch sprechen noch verstehen können. Es zeigt sich, dass die deutschen Sprachkenntnisse der Frauen umso besser sind, je jünger sie sind.

Niveau der Deutschkenntnisse der befragten ukrainischen Vertriebenen 2023, Angaben in %<sup>27</sup>



Dabei zeigt sich, dass sich Deutschkenntnisse auf die Lebenszufriedenheit in Österreich auswirken: Ukrainerinnen, die ihre Deutschkenntnisse als „hoch“ einschätzen, waren mit 65,9% sehr oder eher zufrieden mit ihrem Leben in Österreich. Im Gegensatz dazu waren diejenigen, die überhaupt keine oder nur geringe Deutschkenntnisse besitzen weniger zufrieden (36,6% bzw. 38%).

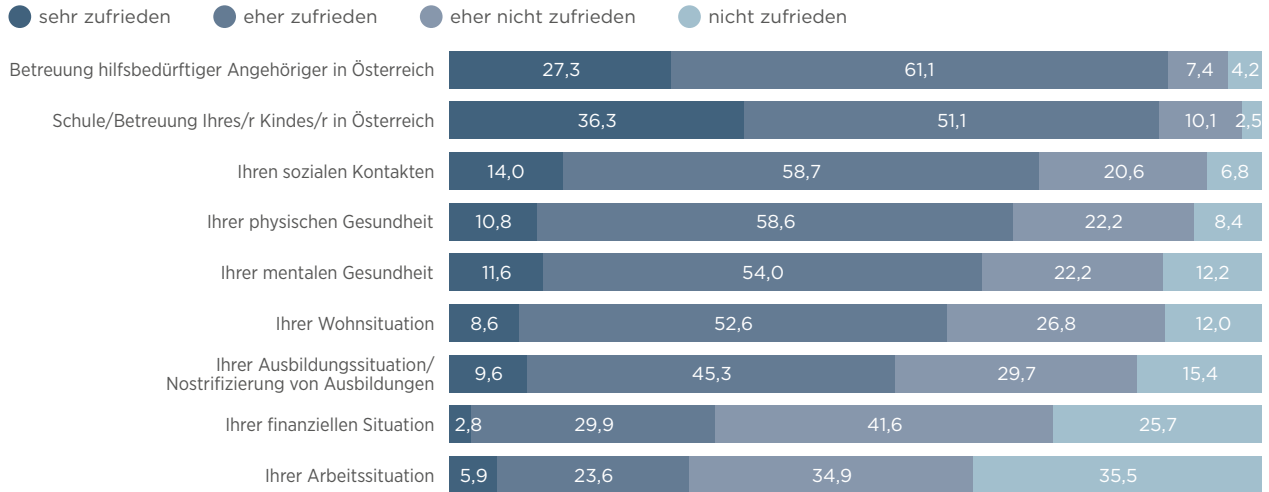
Lebenszufriedenheit nach Deutschkenntnissen, Angaben in %



27 ÖIF-Forschungsbericht: Ukraine Vertriebene in Österreich ein Jahr nach Kriegsbeginn

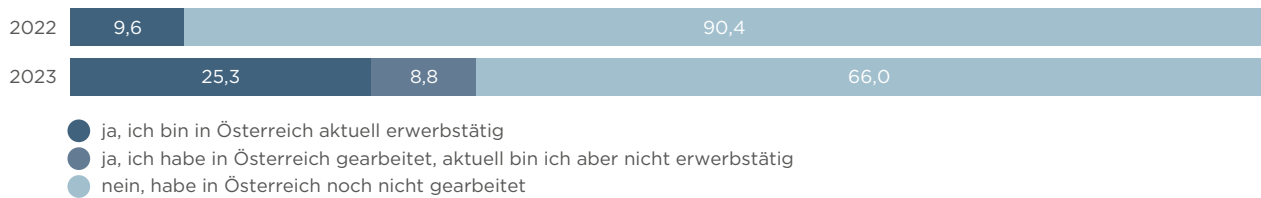
Die Zufriedenheit der Befragten ist in den verschiedenen Lebensbereichen unterschiedlich: Eine hohe Zufriedenheit herrscht bei der Betreuung hilfsbedürftiger Angehöriger in Österreich (88%) sowie bei der Bildung und Betreuung der Kinder (87%). Hinsichtlich der beruflichen Nostrifizierungen und der Wohnsituation ist die Zufriedenheit hingegen geteilt. Mehr als zwei Drittel der Befragten sind (eher) unzufrieden mit ihrer finanziellen Situation und der Arbeitssituation. Daher äußern sie den Wunsch nach deutlich mehr Unterstützung in diesen Bereichen.

*Zufriedenheit nach Lebensbereichen, Angaben in %*



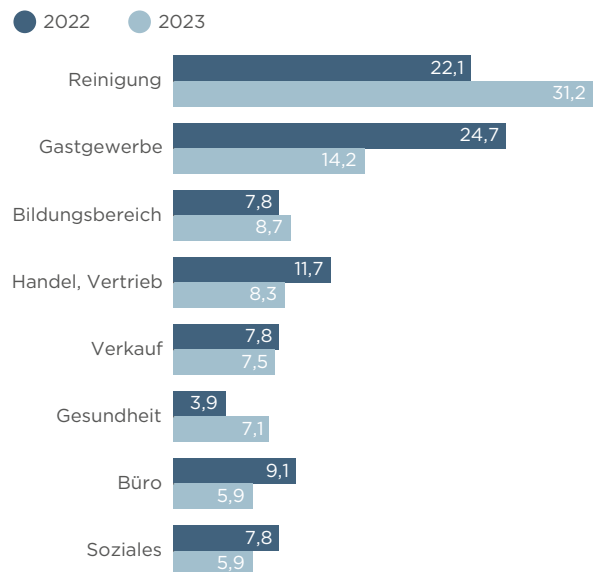
Die Beschäftigungssituation der befragten Ukrainerinnen in Österreich hat sich seit über einem Jahr verbessert: Im Jahr 2023 gaben 25,3% an, dass sie derzeit erwerbstätig sind, verglichen mit 9,6% im Jahr 2022. 2023 haben 66% der Befragten noch nicht in Österreich gearbeitet.

*Erwerbsstatus in Österreich, Angaben in %<sup>28</sup>*



Die Personen, die angeben bereits in Österreich erwerbstätig (gewesen) zu sein, sind dies am häufigsten als Reinigungskraft (31%), im Gastgewerbe (14%), Bildungsbereich (9%), Handel/Vertrieb sowie Verkauf (je 8%) und im Gesundheitsbereich (7%). Für 65,5% entspricht die Erwerbstätigkeit eher oder gar nicht ihrer Qualifikation.

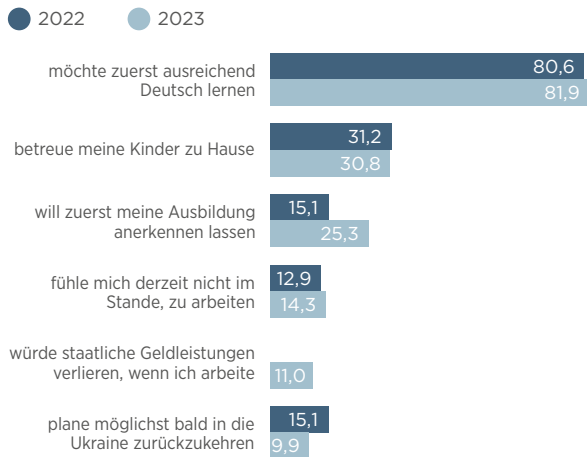
*Erwerbstätigkeit in Österreich: Häufigste Berufsgruppen, Angaben in %*



28 2022 nicht abgefragt: „ja, ich habe in Österreich gearbeitet, aktuell bin ich aber nicht erwerbstätig“

Die Erwerbsbereitschaft der befragten Ukrainerinnen ist grundsätzlich hoch, wenn auch niedriger als 2022: Fast ein Fünftel der Frauen, die noch keine Erwerbstätigkeit aufgenommen haben, suchen auch keine Arbeit. Gründe dafür sind, zuerst Deutsch lernen zu wollen (82%); 30,8% möchten die eigenen Kinder betreuen und ein Viertel (25,3%) zuerst die Ausbildung anerkennen lassen.

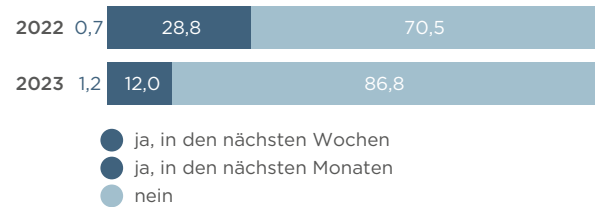
Grund keine Arbeitssuche, Angaben in %<sup>29</sup>



Diejenigen, die derzeit nach Arbeit suchen, können sich insbesondere vorstellen, in den Bereichen Büro (46%), Soziales (41%) und Verwaltung (36%) zu arbeiten. Insgesamt ist damit unter den vertriebenen Frauen ein durchaus beachtliches qualifiziertes Potenzial für einzelne Berufsgruppen vorhanden, in denen am österreichischen Arbeitsmarkt ein Arbeitskräftemangel herrscht.

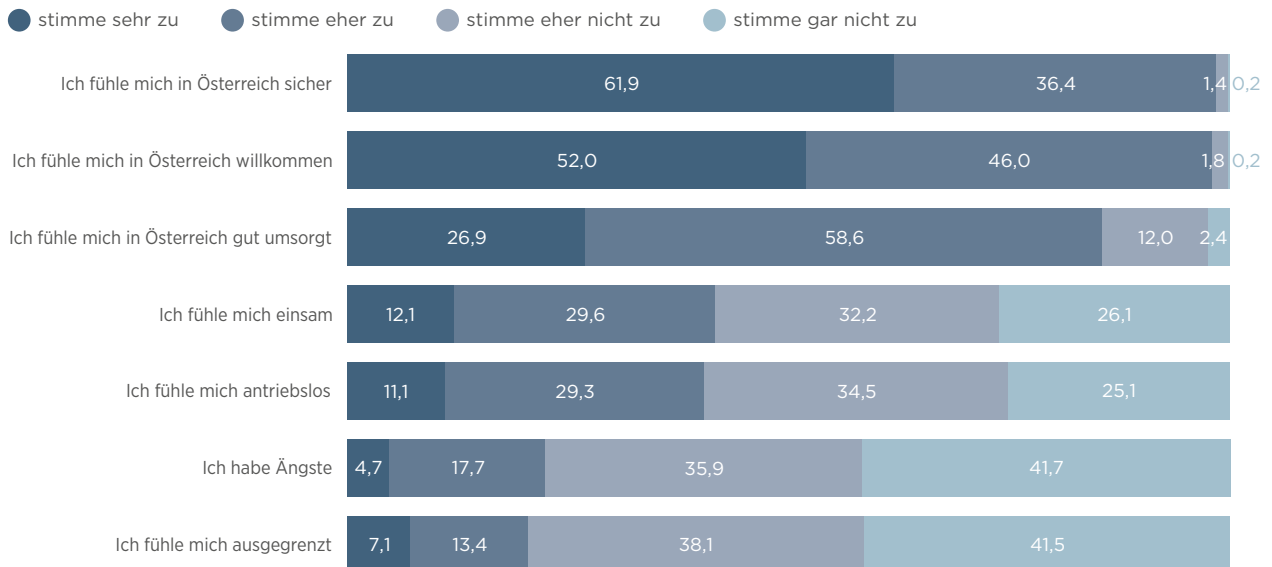
Im Jahr 2023 haben lediglich 13% der befragten Personen konkrete Pläne, in die Ukraine zurückzukehren. Dieser Anteil ist deutlich geringer als vor einem Jahr, als es noch 30% waren. Nur ein kleiner Anteil (1%) plant eine Rückkehr in den nächsten Wochen, während die Mehrheit innerhalb der nächsten Monate eine Rückkehr in Erwägung zieht. Frauen haben tendenziell häufiger konkrete Pläne zur Rückkehr in die Ukraine, je geringer ihre Deutschkenntnisse sind.

Konkrete Pläne zur Rückkehr in die Ukraine, Angaben in %



Insgesamt fühlen sich fast alle Befragten in Österreich sicher und willkommen: 86% geben an, sich gut umsorgt zu fühlen. Ein beachtlicher Teil der Befragten empfindet Einsamkeit (42%) und Antriebslosigkeit (40%). Die Gefühle von Einsamkeit, Antriebslosigkeit und Ausgrenzung treten besonders häufig bei jüngeren Befragten auf.

„Wie fühlen Sie sich derzeit?“ 2023, Angaben in %



29 2022 nicht abgefragt: „würde staatliche Geldleistungen verlieren, wenn ich arbeite“

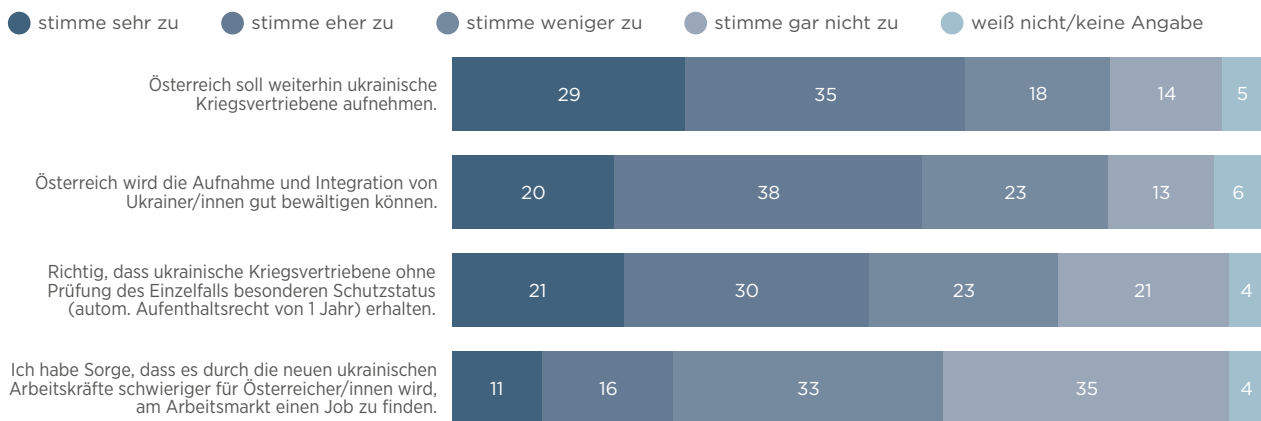
## Integrationsbarometer

Vor dem Hintergrund des andauernden Ukraine-Kriegs sprechen sich die 1.000 von Peter Hajek Public Opinion Strategy im März 2023 befragten Österreicher/innen für die weitere Unterstützung der ukrainischen Kriegsvertriebenen aus und erwarten, dass Österreich ihre Integration gut bewältigt.

So sind 64% dafür, dass Österreich weiterhin Geflüchtete aus der Ukraine aufnimmt. Eine Mehrheit (58%) rechnet auch damit, dass das Land die Integration dieser Menschen gut bewältigen wird (gegenüber 36%, die das nicht so sehen). Auch der besondere Schutzstatus für Ukrainer/innen wird zumindest von einer leichten Mehrheit unterstützt: 51% der Befragten sind für den besonderen Schutzstatus, während 43% eher oder ganz dagegen sind.

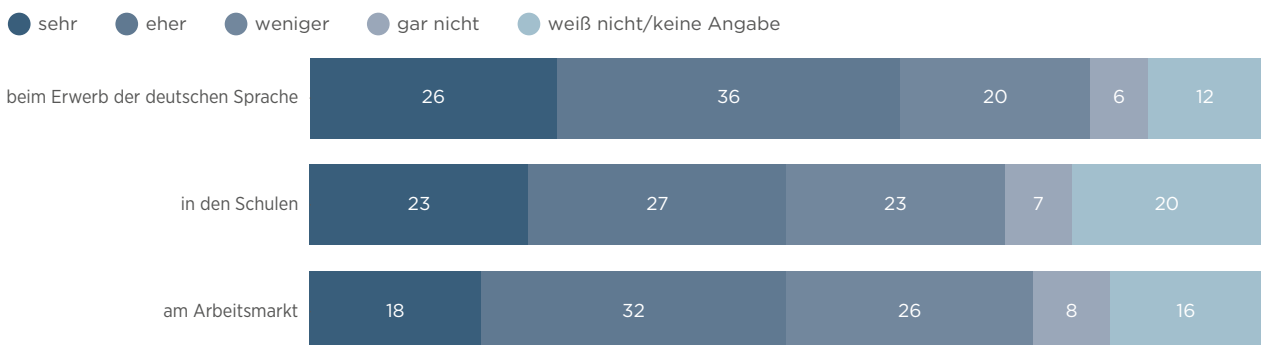
Nur etwas mehr als ein Viertel (27%) der Österreicher/innen sorgt sich, dass die neuen ukrainischen Arbeitskräfte ihre Arbeitssuche erschweren werden.

Zustimmung zu Vorschlägen im Bereich Migration und Integration, Angaben in %<sup>30</sup>



Neben der positiven Haltung gegenüber ukrainischen Vertriebenen rechnen die meisten Österreicher/innen aber mit Herausforderungen bei der Integration der Geflüchteten beim Deutschlernen (62%). Außerdem erwartet jeder Zweite, dass die Ukrainer/innen in Schulen (50%) und am Arbeitsmarkt (50%) Schwierigkeiten erfahren werden.

Herausforderungen bei der Integration von Ukrainer/innen in Österreich, Angaben in %



30 [ÖIF-Befragung 01/2023 | Integrationsbarometer: Österreichischer Integrationsfonds ÖIF](#)



